S. 358 / Nr. 55 Rechtsgleichheit (Rechtsverweigerung) (d)

BGE 73 I 358

55. Urteil der I. Zivilabteilung als staatsrechtlicher Kammer vom 28. Oktober 1947 i. S. Solothurner Handelsbank gegen Obergericht des Kantons Solothurn.

Seite: 358

Regeste:

Die Editionsspflicht gemäss Art. 963 OR hat für den am Rechtsstreite Dritter unbeteiligten Inhaber eines Geschäftes, das als solches nicht Gegenstand der Auseinandersetzung ist, keine Geltung.

L'obligation de produire livres et correspondance selon l'art. 963 CO n'existe pas pour le commerçant qui n'est pas impliqué dans un litige entre des tiers et dont l'entreprise n'est pas comme telle l'objet de la contestation.

L'obbligo di produrre libri e corrispondenza sancito dall'art. 963 CO non esiste pel commerciante che non è parte in una lite che verte fra terzi e non ha per oggetto la di lui azienda come tale.

A. Im Erbschaftsprozess der Margrith Vogt-Wolf und des Otto E. Wolf gegen Louis F. Wolf erging durch den Gerichtspräsidenten von Solothurn-Lebern an die Solothurner Handelsbank die mit Strafdrohung für den Unterlassungsfall verbundene Anordnung, binnen einer Frist von 14 Tagen Ausweise über alle Konti sowie über den gesamten Bankverkehr bestimmter Familienmitglieder vorzulegen. Eine Beschwerde der Bank wies das Obergericht des Kantons Solothurn am 24. April 1947 ab. In seinem Urteil stützte es die Editionsverfügung auf Art. 963 OR.

B. Die Solothurner Handelsbank erhob beim Bundesgericht staatsrechtliche Beschwerde wegen Verletzung von Art. 4 BV. Zur Begründung macht sie geltend, der angefochtene Erlass widerspreche Art. 47 lit. b des Bankengesetzes und sei unvereinbar mit Art. 963 OR.

Das Bundesgericht zieht in Erwägung:

1. Gemäss Art. 963 OR kann, wer zur Führung von Geschäftsbüchern verpflichtet ist, zu deren Vorlegung und zur Vorlegung der Geschäftskorrespondenz angehalten werden «im Falle von Streitigkeiten, die das Geschäft betreffen» («dans les contestations relatives à des affaires

Seite: 359

qui concernent l'entreprise», «in caso di controversia che concerna l'azienda»). Bereits in Art. 879 des alten OR war eine Herausgabepflicht für Geschäftsbücher und Korrespondenzen statuiert, und zwar «bei Streitigkeiten über Rechtsverhältnisse, welche aus dem Betriebe eines Geschäftes herrühren». Diese Formulierung wurde im Revisionsentwurf von 1919 beibehalten, dann aber von der Expertenkommission als zu eng angesehen und durch diejenige in Art. 963 OR ersetzt (vgl. Art. 947 des Entwurfes von 1919 und den zugehörigen Bericht vom März 1920 S. 223; Protokoll der Expertenkommission 1924/25 S. 744). Die bundesrätliche Botschaft vom 21. Februar 1928 (S. 108) erläuterte die Änderung wie folgt:

«Bei Ordnung der Editionsspflicht ... beschränkt sich das geltende Recht auf Streitigkeiten über Rechtsverhältnisse, welche aus dem Betriebe eines Geschäftes herrühren. Der Entwurf hat diesen Rahmen etwas erweitert und anerkennt eine solche Pflicht allgemein bei Streitigkeiten, die das Geschäft betreffen. Solche Streitigkeiten können nicht bloss zwischen dem Inhaber eines Geschäftes und einem Dritten oder zwischen mehreren Anteilberechtigten an einem Geschäft entstehen, sondern auch zwischen Aussenstehenden über das Geschäft, wie z. B. in Erbschaftsprozessen.»

Hieraus erhellt unmissverständlich, was schon aus dem blossen Wortlaut des Art. 963 OR geschlossen werden muss (vgl. auch den französischen und den italienischen Text), nämlich dass als «Geschäft» die Unternehmung, nicht das vom Inhaber abgeschlossene Rechtsgeschäft verstanden war, und somit die Editionsspflicht trotz einer gewissen Ausdehnung beschränkt bleiben sollte auf Streitigkeiten, welche mit oder ohne Beteiligung des Inhabers der Unternehmung diese als solche zum Gegenstand haben. Ist dem aber so, dann lässt sich vorliegend die Heranziehung des Art. 963 OR mit keinen ernsthaften Gründen vertreten, kennt doch das in Frage stehende Verfahren weder die Beschwerdeführerin als Partei noch deren Geschäft als Objekt. Auf BGE 71 II 244 kann sich die Vorinstanz für ihre abweichende Ansicht nicht berufen. Denn in jenem Falle ging es (was allerdings aus der

Seite: 360

publizierten Urteilsabwägung nicht ersichtlich ist) gerade um Feststellung der Ergebnisse der Unternehmung bei der Auseinandersetzung zwischen dem einen Geschäftsteilhaber und einem Dritten. Eine extensive Interpretation oder analoge Anwendung des Art. 963 OR ist, abgesehen von

den möglichen Konsequenzen, umso weniger zulässig, als es sich dem Inhalte nach um eine prozessuale Norm handelt, die ohnehin im materiellen Zivilrecht nur als Ausnahme figurieren darf.

2. Erscheint die Auslegung des Art. 963 OR durch die Vorinstanz an sich als willkürlich, so braucht nicht mehr eigens untersucht zu werden, wie sich jene Bestimmung zu Art. 47 lit. b des Bankengesetzes verhalte.

Demnach erkennt das Bundesgericht:

Die Beschwerde wird gutgeheissen und das Urteil des Obergerichts des Kantons Solothurn vom 24. April 1947 aufgehoben